

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 9

Artikel: Ist der Aufstand der neuen Linken umsonst gewesen?
Autor: Walter, Emil H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Emil H. Walter

Ist der Aufstand der neuen Linken umsonst gewesen ?

Spätkapitalismus, Sozialdemokratie und neue Linke

Die Revolution hält ihren Mittagsschlaf. Freiwillig zwar nicht, denn dazu war das Aufflackern offener Widerstands- und gewaltsamer Protestaktionen gegen das Establishment einiger Metropolen in diesem Frühjahr gar zu heftig und vielversprechend gewesen. An die überraschend zu gegengewaltsamen Widerstandsaktionen eskalierten Proteste hatte die neue Linke die Hoffnung geknüpft, dass es ihr jetzt endlich gelungen sei, aus ihrer ohnmächtigen Isolation auszubrechen; dass sie jetzt endlich mit dem bestehenden System auf der Plattform verhandeln könne, wo Verhandlungen unter den gegebenen Umständen einzig noch möglich seien: nämlich der Plattform der Gewalt. Darum bedurfte es zunächst einer massiven Demonstration ihrer nach wie vor sehr realen Ohnmacht, um die neuen Revolutionäre von ihren überschwenglichsten Illusionen zu befreien. Die reibungslos vollendete Annahme der Notstandsgesetze in Deutschland, der misslungene Sturm auf Universitätsrektorate, die für die Linke verheerenden Wahlen in Frankreich erfüllten diese Aufgabe gründlich. So hat die Revolution jetzt, ziemlich lädiert, auf ihrem langen Marsch in die befreite Gesellschaft einen ersten Zwischenhalt einschalten müssen. Wir wollen sie dabei nicht stören (der provinzielle Pseudoaufstand in Zürich vom 29. und 30. Juni kann dies ja auch kaum). Denn eine Verschnaufpause tut allen beteiligten Parteien gut, nicht zuletzt der neuen Linken selbst. Sie hat jetzt wieder Zeit für die Aktivität, die ihr immer noch am besten steht, die Selbstreflexion. Höchste Zeit für eine Bestandesaufnahme dessen, was eigentlich geschah in diesem seltsam heißen Frühling 1968, ist es nun allerdings auch für die Sozialdemokratie. Denn selbst in unserm Lager sind bekanntlich einige Dinge ganz unerwartet in Bewegung geraten; wohin und warum, versuchen die folgenden, sehr provisorischen Überlegungen näher zu umschreiben.

I.

Die neue Linke hat sich aus der alten, heimatlosen entwickelt, nachdem einige der wesentlichsten Selbstlegitimationen der spätkapitalistischen «offenen Gesellschaft» spektakulär an der härteren Wirklichkeit, die sie realiter darstellt, zerbrachen. In Vietnam erwies sich, dass hochindustrialisierte Demokratien nicht überall so gewaltlos agieren, wie sie es ihrem Anspruch nach tun müssten. Hier widerstand ein kleines Volk einem übermächtigen Gegner zweifellos nur darum so lange erfolgreich, weil es in seinen Aktionen historisch besser legitimiert war als der nur technisch überlegene Feind. Als nicht weniger fragwürdig entpuppten sich einige Handlungszwänge im Innern der hochindustrialisierten Metropolen des Westens: die Rassenpolitik der USA, der zunehmende Funktionsverlust der Öffentlichkeit in allen parlamentarischen Demokratien, der Anachronismus überalteter Hochschulstrukturen: all dies trug dazu bei, resignierte Linksintellektuelle unversehens in überzeugte Revolutionäre zu verwandeln. Deren Hoffnungen konnten sich dabei von vornherein nicht auf die Möglichkeit einer *Basisrevolution* ausrichten (denn zu Aktionen für eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel fehlt in den Metropolen die Massenbasis; revolutionäre Arbeiter oder Angestellte gibt es hier bekanntlich schon lange nur noch ausnahmsweise). Den klassischen sozialistischen Revolutionen in Osteuropa war es überdies nicht gelungen, zugleich mit der sozialistischen Gerechtigkeit auch sozialistische Freiheit zu verwirklichen. Sie konnten für die sich bildende neue Linke kein Vorbild sein. Deren Gedanken wandten sich darum von Europa weg der Dritten Welt zu, wo, wie es schien, in China und Nordvietnam, zumindest aber in Kuba, eine Basiszugleich mit einer permanenten antiautoritären *Kulturrevolution* stattfand. Vielleicht, dass hier endlich jener allseitig befreite Mensch entstand, von dem Sozialisten bislang nur hatten träumen können?

Für die spätkapitalistischen Demokratien freilich stellte sich das Problem einer umfassenden menschlichen Emanzipation ganz anders als für die revolutionären Länder der Dritten Welt. Da in den raffiniert integrierten Metropolen die Entmündigung der werktätigen Massen gleichsam laut- und reibungslos geschieht, mussten die wenigen, die sie überhaupt noch schmerzlich empfinden (Schüler und Studenten), mit den Mitteln der *Provokation* auf sie aufmerksam machen. Phantasievoll wurden zu dem Zweck Demonstrations- und Diskussionstechniken entwickelt, die alle den zwieschlächtigen Charakter eines *Spiels mit symbolischer Gewalt* gemeinsam haben. Anfänglich erwiesen sie sich als sehr erfolgreich: sie verführten die herrschenden Gewalten zu autoritären Kraftakten, die das Bestehende seiner ihm wesensnotwendig innewohnenden Gewaltsamkeit zu überführen schienen; was seinerseits wiederum das Lager der revolutionären Linken verstärkte, das zu immer stärkeren, politisch gezielteren Aktionen ausholen konnte.

Von einem gewissen Stadium der Eskalation dieses Konfliktes an aber verlor das Spiel mit bloss symbolischer Gewalt seinen ausschliesslich spielerischen Charakter. Durch mancherlei Erfolge geblendet (unter anderm, dass man jetzt endlich von der Öffentlichkeit beachtet und diskutiert wurde), empfand die neue Linke als realen Machtgewinn, was in Wirklichkeit doch nach wie vor nur eine partielle *Verwirrung* der bestehenden Machtverhältnisse, keineswegs aber den Beginn einer entscheidenden Herrschaftsauflösung anzeigte. Nach den Osterunruhen in Deutschland und nach dem Generalstreik französischer Arbeiter und Angestellter liess sie sich zu Äusserungen hinreissen wie der eines Berliner Arbeitskreises: «Erst seitdem wir beginnen, selbst Gewalt anzuwenden, entsteht ein realistischer Dialog, den das System mit unverhülltem Gesicht sprechen muss (als Dialog der Gewalt nämlich, den es insgeheim immer schon gesprochen hat)» («Konkret», 6/1968, S. 25). Das waren pure Illusionen, nichts mehr. Die zentralen Funktionen der bestehenden Gesellschaft liessen sich nur sehr vorübergehend, und auch dann nur oberflächlich, von provokativen Aktionen ausserparlamentarischer Gruppen stören. Während des grossen Antinotstandsmarsches auf Bonn hielt sich die Polizei zurück; die Demonstranten versammelten sich auf ebener Erde unangefochten, während ebenso unangefochten drinnen in den Gebäuden der Macht die umstrittenen Gesetze definitiv in Kraft gesetzt wurden. So zogen die Demonstranten, teilweise immerhin um die Erkenntnis der Grenzen ihres Aktionsspielraums reicher geworden, unverrichteter Dinge wieder ab.

In seiner vielzitierten Frankfurter Pfingstrede hat auf diese Grenzen unmissverständlich *Jürgen Habermas* hingewiesen, einer der bedeutendsten Soziologen und Philosophen der Gegenwart; zunächst polemisch nur, um die merkwürdige Verblendung einiger revolutionärer Köpfe aufzulösen (vgl. «Der Spiegel», 24/1968, S. 57 ff.); dann aber auch streng analytisch, in einer noch unveröffentlichten Kritik der Gesellschaftstheorie Herbert Marcuses («Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘?», hekt. Manuskript). Auf einige Gedankengänge dieser wichtigen Arbeit treten wir nun ein, in der freilich ganz und gar unhabermasschen Absicht, sie für eine neue Konzeption sozialdemokratischer Theorie und Praxis fruchtbar zu machen.

II.

Ein Hauptthema der neuerdings auch in der Schweiz modisch gewordenen Soziologie ist nach wie vor die Frage, wie genau, durch welche Prozesse der Rationalisierung, Bürokratisierung, Klassenkämpfe usw. die Entstehung unserer jetzigen, verwissenschaftlichten Weltzivilisation möglich wurde. Auf diese Frage gibt Habermas in seinem Aufsatz über Technik und Wissenschaft als Ideologie eine neuartige, originelle Antwort. Ihr zufolge glaubte noch Karl Marx nicht anders als die Liberalen, die er so heftig kritisierte, an das, was man die «Unschuld der Produktivkräfte» nennen

könnte. Wie seine liberalen Gegner war er der Ansicht, dass das im Kapitalismus rapide sich entfaltende System der Arbeit, das heisst die je schon über das Bestehende hinausschiessenden Produktivkräfte die Verwirklichung der befreiten, kommunistischen Gesellschaft beförderten, und dass die Rationalität der bestehenden, nur gehemmten Form der Produktion von Reichtümern sozusagen von sich aus zur Verwirklichung der freien Gesellschaft dränge. Einer Gesellschaft, in der tatsächlich der politische Überbau sich vor dem Forum der vorwärtstreibenden Produktivkräfte der Gesellschaft auszuweisen hatte, war dieser Glaube nicht unangemessen. Auf lange Sicht jedoch erfüllte sich Marx' Hoffnung nicht. Der Kapitalismus vermochte die Kräfte, die in ihm über ihn selbst hinausdrängten, zu bändigen und in seinem Sinne für seine Ziele einzuspannen. Habermas zufolge hat vor allem die *staatsinterventionistische Dauerregulierung des Wirtschaftsprozesses* den Kapitalismus am Leben erhalten. Zwar brach damit seine klassische (liberale) Selbstlegitimierung zusammen; doch trat an die Stelle der Äquivalenzideologie des freien Tausches eine *Ersatzprogramm-
matik*, in der Stücke der bürgerlichen Leistungs-ideologie mit solchen *wohlfahrtsstaatlicher Maximen* (der Arbeitsplatzsicherheit und Einkommensstabilität zum Beispiel) eigentümlich verknüpft sind. Für diese Ersatzprogramm-
matik (und damit den Spätkapitalismus überhaupt) sind die positiven Wissenschaften von hervorragender Bedeutung. Denn in der Epoche des staatlich regulierten Kapitalismus hat der wissenschaftlich-technische Fortschritt nicht mehr die Unschuld einer Produktivkraft, die das Bestehende über sich selbst hinausweist; die Wissenschaften geben heutzutage *auch* den Massstab ab für die (tendenziell technokratische) Legitimation der einschränkenden Produktionsverhältnisse. Einerseits ermöglichen sie nach wie vor die immer rationellere Produktion von immer mehr Gütern, die nur vernünftiger konsumiert zu werden brauchten, um ein wirkliches Potential der Befreiung darzustellen. Andererseits sind sie hauptverantwortlich für die Einschränkung der heutigen Politik auf die Befolgung blosser *Vermeidungsimperative*. In der entideologisierten Gesellschaft geht Politik nicht mehr wie einst unmittelbar auf die Verwirklichung des guten Lebens aus. Sie beschränkt sich auf die Lösung bloss «technischer» Fragen, indem sie als «unideologischen» Wertmassstab einzig den anerkennt, der die Vermeidung von systemgefährdenden Risiken vorschreibt; der also beispielsweise Spitzenmanagern und Kapitaleigentümern nahelegt, wann immer es der «freien Wirtschaft» rationeller erscheint, beim Staat zugunsten von Forschungsgeldern, Sozialfürsorge, antizyklische Konjunkturpolitik usw. zu intervenieren, obwohl verbal noch die alten liberalen Parolen (von Selbstverantwortlichkeit des einzelnen, strikter Trennung von Staat und Gesellschaft usw.) aufrechterhalten werden, als seien die nicht längst schon durch die Entwicklung des klassischen zum staatlich regulierten Kapitalismus widerlegt worden.

Habermas' soziologische Zeitdiagnose ist in politisch-praktischer Hinsicht sehr folgenreich. Sie setzt für unsere Epoche *zwei Grundkategorien* des klassischen Marxismus, die von *Ideologie und Klassenherrschaft, ausser Kurs*. Als Klassengesellschaft im üblichen Sinne nämlich kann man die spätkapitalistischen Systeme darum nicht mehr bezeichnen, weil es ihnen in gewissem Sinne tatsächlich gelungen ist, den Klassenkonflikt stillzustellen. Durch Wirtschaftsplanung und eine wohlfahrtsstaatliche Entschädigungspolitik sichert sich der Spätkapitalismus als ganzer (und nicht mehr wie einst bloss eine herrschende Klasse) die Loyalität der lohnabhängigen Massen. Über das Moment von blinder Herrschaft, das in solcher Loyalitätssicherung nach wie vor enthalten ist, wird dabei die Masse der heutigen «Staatsbürger» nicht mehr schlicht «ideologisch» hinweggetäuscht. Das tendenziell technokratische Bewusstsein unserer nachideologischen Epoche hat nicht «die opake Gewalt einer Verblendung, die Erfüllung von Interessen vorgespiegelt, indem sie die Entbehrung der unterdrückten Befriedigung nur kompensiert» (a. a. O., S. 30). Es ist «ideologisch» in einem ganz neuartigen Sinne: es verschleiert nicht nur das partielle Herrschaftsinteresse einer bestimmten herrschenden Klasse und unterdrückt das emanzipatorische Interesse einer andern (des Proletariats insbesondere); sondern es trifft das emanzipatorische Gattungsinteresse als solches (a. a. O., S. 31).

Damit hat die von der neuen Linken so oft beklagte oder verleugnete Tatsache der *Absenz eines revolutionären Subjektes* in den Metropolen eine plausible Erklärung gefunden. Habermas beantwortet auch diese Frage sehr radikal. Nicht nur der heutigen Arbeiterschaft, auch den unterprivilegierten Randgruppen der modernen Gesellschaft (den Negern in den USA vor allem) spricht er die Eigenschaft ab, als radikal unterdrückte Klasse potentiell Subject einer sozialistischen Umwälzung zu sein. «Denn unterprivilegierte Gruppen sind keine sozialen Klassen . . . Ihre Entrechtung und ihre Pauperisierung fallen nicht mehr zusammen mit Ausbeutung, weil das System nicht von ihrer Arbeit lebt» (a. a. O., S. 29). Das System lebt überdies auch immer weniger von der Arbeit der unterprivilegierten Nationen (der Dritten Welt). Mit der Hoffnung also, dass interne Klassenkonflikte das spätkapitalistische System doch noch zu sprengen vermöchten, muss auch die auf eine Revolutionierung der Metropolen durch die Revolution in der Dritten Welt aufgegeben werden (und darüber hinaus übrigens auch noch die Hoffnung, die Habermas selber hegt, der trotz allem einen radikalen marxistischen Emanzipationsanspruch an unsere Zeit stellt; doch sind Argumente gegen seinen Glauben an die Fähigkeit von Studenten und Schülern, die «wachsende Disparität von Lebensbereichen» im Spätkapitalismus als Hebel einer radikal emanzipatorischen Politik zu gebrauchen, im Zusammenhang dieses Aufsatzes von sekundärer Bedeutung).

Das sind für die neue Linke zweifellos keine erfreulichen Perspektiven. Entschiedene Revolutionäre mögen Habermas des Verrats am Marxismus bezichtigen; festzuhalten bleibt, dass ein Gelehrter, dem man mangelndes Verständnis für radikal kritisches Denken gewiss zuletzt vorwerfen kann, zu einem historischen Situationsverständnis gelangt, das dem unsern (für die Sozialdemokratie in unserer Zeit konstitutiven, vgl. «Profil», 1/1968, S. 21 ff.) gar nicht so unähnlich ist. Es soll im folgenden, unter Berücksichtigung der Analysen Habermas', noch einmal kurz dargestellt werden. Denn eine jede praktische Politik ist um nichts vernünftiger als das historische Situationsbewusstsein, das sie voraussetzt.

III.

1. Einen neuen Aufschwung nehmen kann die Sozialdemokratie nicht einfach dadurch, dass sie sich vorübergehend in den Jungbrunnen des modisch gewordenen Neomarxismus versenkt. (Sie würde sich da ohnehin nur dogmatisch verkühlen, indem einem wiedergewonnenen Radikalismus grosser Worte die umwälzenden Taten doch nicht folgen könnten.) Denn auch nach der Analyse eines ihrer prominentesten Vertreter, Jürgen Habermas', befinden sich die neuen Revolutionäre über drei zentrale Eigenschaften unserer Epoche im Irrtum:

a) Von einer Reaktualisierung traditioneller Klassenkonflikte ist keine entscheidende Umwälzung des spätkapitalistischen Systems zu erwarten.

b) Auch verstärkte revolutionäre Tendenzen in der Dritten Welt werden die Existenz der Metropolen nicht insgesamt in Frage stellen können.

c) Wogegen die neue Linke protestiert, sind *illiberale, autoritäre Relikte* im System des Spätkapitalismus, das sie (wie das Beispiel Schwedens beweist) *nicht systemnotwendig* produziert. Ein verschärfter Kampf um die Beseitigung dieser autoritären Züge der bestehenden Gesellschaft ist demnach *nicht* Symptom einer verheissungsvollen Verschärfung ihrer Krisenanfälligkeit. Tendenzen zur «faschistoiden Schliessung» der offenen Gesellschaft dürfen *nicht* in orthodox marxistischer Weise interpretiert werden; es sind Tendenzen, die gerade eine progressive sozialdemokratische Politik durchaus aufzuheben imstande ist.

2. Bei diesem Versuch, autoritäre Strukturen der bestehenden Gesellschaft zu beseitigen, kann die Sozialdemokratie sich ohne Skrupel vom antiautoritären, radikal emanzipatorischen Erkenntnisinteresse der neuen Linken inspirieren lassen. Dieses vermag konzeptionslos und träge gewordenen Sozialdemokraten die Augen in mindestens viererlei Hinsicht zu öffnen:

a) Auch und gerade so uralte Demokratien wie die Schweiz sind noch lange nicht in jeder Beziehung demokratisch genug. In die beginnende Diskussion über eine *Totalrevision der Bundesverfassung* muss sich unsere Partei darum schleunigst mit dem denkbar *progressivsten Entwurf* einer

Neuregelung des Verhältnisses von Parteien, Verbänden, Exekutive und Souverän einschalten, der den gegebenen Verhältnissen angemessen erscheint. Sogenannt «realistische» Erwägungen dessen, was politisch unmittelbar durchsetzbar ist, dürfen weiterreichende Gedanken über das, was vernünftigerweise eigentlich realisiert werden sollte, nicht abschneiden. Solch ein kurzatmiger politischer Realismus rächt sich immer: das Mögliche erreicht nur, wer das scheinbar Unmögliche erstrebt.

b) Nicht nur auf dem Gebiet der *Hochschulpolitik*, auch auf denen der *Berufsausbildungs- und Schulpolitik allgemein* müssen gründliche, demokratische *Strukturenreformen* vorbereitet werden. Obwohl sich inzwischen immer mehr Zeitschriften sexualaufklärerisch betätigen, darf dabei die Aufgabe einer fortschrittlichen *Sexualaufklärung* in den Schulen nicht vernachlässigt werden. Ihr kommt ein erheblicher aufklärerischer Wert zu: die Freiheit, deren eine Gesellschaft fähig ist, bemisst sich wesentlich nach dem Mass an unzensiertem Glücksverlangen, das sie ihren Mitgliedern zuzugestehen wagt. Die extrem föderalistische Verfassung der Schweiz muss fortschrittlichen Schulreformen übrigens nicht unbedingt nur hinderlich sein. Sie eröffnet uns auch die Chance, in einzelnen besonders progressiven Kantonen besonders vorbildliche Veränderungen des Bestehenden gleichsam modellhaft durchzuführen.

c) *Sozialpolitische Verbesserungen allein* bedeuten noch *keineswegs* die Realisierung dessen, was die Sozialdemokratie hauptsächlich bewirken will. Zwar kann sie im Sektor wohlfahrtsstaatlicher Entschädigungspolitik ruhig um einiges aggressiver als bisher auftreten (der Basler Parteitag 1968 tat in dieser Beziehung gut daran, die Akzente etwas anders zu setzen; bei dem Nachholbedarf, der in sozialpolitischen Belangen in der Schweiz noch besteht, bekommt tatsächlich der mehr, der mehr fordert). Aber jederzeit müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass das System des Spätkapitalismus durch wohlfahrtsstaatliche Reformen *nicht grundsätzlich verändert*, sondern nur *modifiziert* wird. Indem wir sozialstaatliche Massnahmen unterstützen, handeln wir im wohlverstandenen Interesse des Spätkapitalismus selbst und nicht in dem eines heraufdämmernden Sozialismus.

d) Eher noch als auf dem eng umschränkten Gebiet wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik kann die SPS ihre gesellschaftsverändernde Aufgabe darum auf dem der *Militärpolitik* wahrnehmen. Hier allein scheint mir der *Hebel* zu liegen, den die Sozialdemokratie ergreifen muss, um wieder *auf lange Sicht* politisch *initiativ* zu werden. Der antimilitärische Impuls der jungen Revolutionäre ist nicht idealistisch im schlechten Sinn. Durchaus realistische und präzise Analysen der strategischen Lage der Schweiz im Zeitalter der Atombombe erweisen die *zunehmende militärische Wertlosigkeit* unserer herkömmlichen Landesverteidigungspolitik. Heute noch gilt als Phantast, wer derartige Thesen vertritt. In globaler Perspektive aber hat immer wieder nur das gesellschaftsverändernde Kraft entfalten können,

was anfänglich als phantastisch verschrien ward. Freilich gibt es, wie die ersten notwendigen Niederlagen der neuen Linken beweisen, Utopien, die als solche nur in den Köpfen einzelner Wirklichkeit werden können. Wenn aber einzige Alternative zur Abschaffung des Krieges die mit Händen zu greifende Katastrophe ist, dann scheint es tatsächlich so zu sein, wie Jürgen Habermas einmal in einem seiner Aufsätze sagte: «dass gewisse utopische Entwürfe zum erzwungenen Minimum der Existenzfristung geworden sind; dass das kostspieligste, grosszügigste und zerbrechlichste Leben die beinahe einzige Form des Überlebens bleibt» («Theorie und Praxis», Neuwied 1963, S. 230). Wenn wir das begreifen, ist der Aufstand der neuen Linken nicht umsonst gewesen. Noch in seinem Scheitern hätte er Erfolg gehabt, indem er uns an die Ziele erinnerte, die wir verfolgen müssen, wenn anders wir unseren besten Traditionen die Treue bewahren wollen.

Fritz Hirzel

Warten auf die Sintflut

Aus einigen Lesebüchern für Städtebewohner

Es ist wohl kein Zufall, wenn man die Bücher der literarischen Emigranten wieder liest, dass man das Gefühl hat, als wären sie eben geschrieben worden. Die Erfahrung der Heimatlosigkeit, die in ihnen zum Ausdruck kommt, trifft den heutigen Leser am innersten Nerv seiner Existenz, aus der er nicht heraus kann, erst recht jene Generation, die mit dem Existentialismus gross geworden ist. Das bisschen Musse, das eine repressive Gesellschaft ein paar wenigen noch zum Bücherlesen lässt, zerrinnt sogleich in engagierter Betriebsamkeit oder jenem lähmenden Gefühl der Ohnmacht, das bis vor kurzem den Intellektuellen Westeuropas wie gebannt hat.

Es brauchte tatsächlich erst die Entdeckung der Dritten Welt als Schauplatz akuter Klassenkämpfe, um ihn aus der unfreiwilligen Isolation zu befreien. Die Aktionen einer revoltierenden Jugend in den Metropolen demonstrierte ihm drastisch Möglichkeiten einer Veränderung der zunehmend sich verhärtenden Industriegesellschaft, an die er nicht mehr zu glauben wagte.

Wären die regierenden Politiker nicht nur zu den festlichen Gala-premièren von James-Bond-Filmen und ähnlichen Produkten der Bewusstseinsindustrie gefahren, so hätten sie im jungen Autorenfilm aus Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und der Tschechoslowakei längst erahnen können, was sie erwartet: der Aufstand einer Jugend, die «Abschied von gestern» genommen hat. Auch die moderne Literatur hat längst die Erdbeben registriert, die uns erwarten.